

Israel und besetzte Gebiete

Willkür auch im Job

Terror, Gewalt, Willkür: Diese Begriffe fallen jedem sofort ein, wenn von der politischen Lage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten die Rede ist. Willkür und Diskriminierung sind aber auch auf dem dortigen Arbeitsmarkt anzutreffen. Davon überzeugte sich jetzt auf Einladung des Workers Advice Center (WAC) Israel eine Delegation europäischer Gewerkschafter, zu der auch zwei Mitglieder des Arbeitskreises Internationales (Verwaltungsstelle Berlin) gehörten.

Seit Anfang der 1990er Jahre riegelt Israel die besetzten Gebiete systematisch ab, die palästinensischen Arbeitskräfte werden dadurch praktisch ausgesperrt. Mit dem Bauboom, der durch eine riesige Einwanderungswelle aus Russland ausgelöst wurde, holten die Israelis immer mehr Arbeitsmigranten aus Osteuropa und Asien ins Land. Von Personalfirmen in ihren Heimatländern angeworben, zahlen sie oft mehrere tausend Dollar für einen zeitlich befristeten Arbeitsplatz bei einem Arbeitgeber in Israel.

Ohne Sozialversicherung, unterbezahlt und nicht gewerkschaftlich organisiert sind sie dann dessen Willkür ausgeliefert. Denn unter Missachtung bestehender Arbeitsgesetze ziehen Arbeitgeber oft Pässe ein und zahlen den Lohn verspätet oder gar nicht. »70 Prozent der illegalen Arbeitsmigranten sind legal ins Land gekommen«, berichtete Sigal Rosen von der Hotline für Migrant Workers, »aber ihre miserablen Bedingungen haben sie dazu gebracht unterzutauschen.«

Das Jüdisch-Arabisches Institut der Histadrut setzt sich für eine Gleichstellung der Arbeitsmigranten ein. »Aber wir können in diesem Bereich keine Arbeitsgesetze durchsetzen«, sagt der

Direktor des Instituts, Gahssan Muklashi. Die Finanzmittel seien knapp, und man müsse sich den Arbeitern zuwenden, die Mitgliedsbeiträge zahlen.

Am meisten haben die Palästinenser aus den besetzten Gebieten darunter gelitten, dass ausländische Arbeiter ins Land geholt wurden, heißt es aus dem Finanzministerium. Aber auch die in Israel lebenden arabischen Arbeiter, die in den gleichen Branchen tätig waren, haben mit den Folgen der Verdrängung zu kämpfen. Die Arbeitslosigkeit in den von Arabern bewohnten Gebieten Israels stieg in den letzten zehn Jahren auf 14 Prozent. In den besetzten Palästinenser-Gebieten liegt sie nach einem Bericht der UNESCO an Tagen mit Ausgangssperre zwischen 60 und 70 Prozent.

Um die Diskrepanz zwischen der hohen Zahl der Arbeitsmigranten und der einheimischen Arbeitslosen in den Griff zu bekommen, richtete Israel Ende 2002 eine Migrantenpolizei ein. Diese ist angewiesen, jedes Jahr 50 000 »illegale« Arbeiter abzuschleppen. Damit wurde aber lediglich eine »Drehtürpolitik« geschaffen. Denn die Regierung erlaubt Unternehmern weiterhin, Arbeiter ins Land zu holen, die entrechtet, unterbezahlt und ohne gewerkschaftlichen Beistand die Jobs der palästinensischen Arbeitnehmer besetzen.

Uns Delegationsmitgliedern aus der Bundesrepublik war dieses Problem, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, auch aus dem eigenen Land bekannt. Eine Lösung sehen wir – wie die WAC-Aktivistinnen auch – nur in der Durchsetzung der Forderung nach gleichem Lohn und gleichen Sozialleistungen für gleiche Arbeit. Und das für alle. ◀

Hans Köbrich, Berlin



Foto: IG Metall

Europäische Gewerkschafter zu Gast in Israel: Willkür auf dem Arbeitsmarkt

Türenwerk Vest-Wood Mittweida Erfolgreicher Warnstreik für Ausbildungsplätze

Die Premiere war ein voller Erfolg: Die IG Metall-Mitglieder des Türenwerks Vest-Wood Mittweida haben mit ihrem Warnstreik am 13. Mai (**metall** berichtete) jetzt einen neuen Haustarifvertrag durchgesetzt, in dem die Einstellung von je drei Auszubildenden in den kommenden beiden Jahren festgelegt ist. »Das gab es noch nie in einem Tarifvertrag, und wir spüren zu unserer großen Freude, dass das Ansehen der IG Metall im Betrieb damit enorm gestiegen ist«, sagte Wolfgang Lindemann von der Verwaltungsstelle Chemnitz. Erfolg kommt durch gute Organisation – und das im doppelten Wortsinn. Denn die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Türenwerk hat sich in den zurück liegenden Jahren vervielfacht. »Damit entstand im Betrieb eine Kraft, mit der Arbeitnehmerinteressen wirklich durchgesetzt werden können«, betonte Lindemann. ◀

Deutsch-Polnisches Seminar Arbeitgeber-Druck von allen Seiten

Arbeitgeber-Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen unter Hinweis auf billigere Bedingungen im Ausland – das betrifft nicht nur uns in der Bundesrepublik. Auch unsere polnischen Kollegen sind verstärkten Angriffen ihrer Chefs ausgesetzt. Anders als die meisten Beschäftigten in den zehn Beitrittsländern treten sie ihren Arbeitgebern mit einer betrieblich organisierten, kampfgeprobten Gewerkschaft gegenüber – gut, um gemeinsam aktionsfähig zu werden.

Im Rahmen eines EU-Integrationsprojekts bietet die IG Metall-Bildungsstätte in Berlin-Pichelssee deutsch-polnische Seminare zu gewerkschafts- und betriebspolitischen Themen an. Hier kann man nicht nur Wissen erwerben, sondern auch interessante Kontakte zu polnischen Betrieben knüpfen. Infos zu Seminaren und mehr bei Maria Scholz, Telefon 0 30-3 62 04-1 41.

Maria.Scholz@igmetall.de ◀